

Die Revolution in Deutschland 1918/1919

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“
Kommunistisches Manifest; Karl Marx, Friedrich Engels

Richard Müller – Ein deutscher Revolutionär

„Was ist das für ein Volk, das seine Revolutionäre nicht kennt!“

„Was ist das für ein Volk, das seine Revolutionäre nicht kennt!“ Mit diesem empörten Aufschrei leitet Wolfgang Wippermann sein Vorwort zur Biographie über „Richard Müller – Der Mann hinter der Novemberrevolution“ von Ralf Hoffrogge ein.

Und wirklich, springen wir mitten hinein, in den Höhepunkt, den Tag der Revolution; Überraschendes lässt sich über Richard Müller erfahren. Wenige Monate nur existierte vom November 1918 bis Juni 1919 die „Deutsche Sozialistische Republik“. Am 9. November 1918, der Tag an dem die Revolution Berlin erreichte, fand erstmalig und recht zufällig zusammengesetzt im Reichstag eine Zusammenkunft von Soldatenräten statt. Hitzig wurde über den weiteren Verlauf der Revolution diskutiert. Auf Antrag von Richard Müller sollte am nächsten Tag im Circus Busch nach der Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Berlin eine „Revolutionsregierung“ gewählt werden.

In Hinterzimmern verhandelten USPD und SPD über die Bildung der zukünftigen Arbeiterregierung. Da jede Fraktion ihre eigenen Delegierten benennen konnten, musste die USPD ihre bisherige Linie nicht mit den „Kriegssozialisten“, also der SPD, zusammenzuarbeiten, aufgeben. Dafür setzten Karl Liebknecht, Richard Müller und Emil Barth durch, dass „alle exekutive, legislative und richterliche Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten lag“. Die SPD akzeptierte für den Moment die Räterepublik, beharrte aber mittelfristig auf die Wahl einer Nationalversammlung. Der 10. November war ein Sonntag. An diesem Tag Arbeiterräte zur Wahl ihrer Delegierten anzutreffen war schwierig. Organisationsvorbereitungen waren gelerntes Handwerk der SPD. So bestanden die 3000 Delegierten letztendlich in ihrer Mehrzahl aus politisch unerfahrenen Soldatenräten und SPDlern. Inhaltlich hatte die SPD, die gleiche SPD die jahrelang Abweichler ausgeschlossen, verunglimpft und denunziert hat, auf „Einheit“ und „gegen Bruderkampf“ orientiert. Die USPD hingegen versuchte keinen Einfluss auf die Rätebildung zu nehmen. Es gab, *außer* bei den Arbeitern keine Regeln für ein Delegiertenmandat und eine Mandatsprüfung fand nicht statt.

So gelang es der SPD den Vollzugsrat mit sieben SPDlern, sieben USPDlern, die von den revolutionären Obleuten und Georg Ledebour wahrgenommen wurden, und 14 Soldaten die aufgrund ihrer politischen Unerfahrenheit und dem Ruf der SPD nach „Einheit“ meistens mit der SPD stimmten, zu besetzen. Die SPD hatte ein Großteil der Initiative zurückgewonnen. Allerdings musste sie hinnehmen, dass Richard Müller neben Brutus Molkenbuhr (SPD) Vorsitzender wurde. Dieses höchste Gremium der neuen Räterepublik, der „Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte“ setzte als neue Regierung den am Vortag gebildeten „Rat der Volksbeauftragten“ ein. Für die SPD Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, und für die USPD Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth, letzter gleichzeitig Fürsprecher der revolutionären Obleute. Die SPD setzte sogleich durch, dass die bürgerlichen Minister der Vorgängerregierung als sog. „technische Gehilfen“ im Amt blieben.

So wurde, und das ist die Crux dieser Geschichte, Richard Müller, ein Arbeiter, knapp aber doch, als Vorsitzender des Vollzugsrates, welcher als höchstes Organ der Räte Träger der Staatsgewalt war, für kurze Zeit, nach revolutionärem Recht, - **Staatsoberhaupt**.

Stop! Fangen wir vorne an. Bei der Vorgeschichte dieses Ereignisses.

Die Entwicklung des Krieges

„Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich, als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse. - Das ist die Aussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Überbietung in Kriegsrüstungen endlich seine unvermeidlichen Früchte trägt.“

Friedrich Engels, 1887

Seit der Reichsgründung 1871 und drei geführten Kriegen, hielt Bismarcks „Ausgleichspolitik“ den Krieg fern. Noch bei der Berliner Konferenz 1884 wurde auf diplomatischem Wege zwischen den rivalisierenden Machtblöcken gerungen. Im Jahre 1900 intervenierten die russischen, japanischen, amerikanischen, englischen, französischen, italienischen, österreichisch-ungarischen und deutschen Truppenkontingente in China gegen den sog. Boxeraufstand. Rosa Luxemburg und andere analysierten scharfsinnig, dass dieses imperialistische Bündnis keines des gegenseitigen Vertrauens und Beistands war, sondern im Gegenteil eines des Misstrauens und der Rivalität. Keiner wollte den anderen alleine ziehen lassen, jeder versuchte ein möglichst großes Stück von der Beute für sich zu gewinnen. Vierzehn Jahre später standen sich diese Mächte im großen Krieg gegenüber.

Die Arbeiterbewegung und auch die SPD hatten immer darauf beharrt keinen Krieg zu wollen. Ja mehr noch, so er denn drohe ihn gemeinsam mit der Sozialistischen Internationale zu verhindern. Noch im Juli 1914 veröffentlichte der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie einen Leitartikel mit den Aufruf endend: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!

Im August allerdings kippten fast alle europäischen sozialistischen Parteien um, und unterstützten den Kriegskurs ihrer jeweiligen Regierungen. Was waren die Ursachen dafür, dass die SPD innerhalb von 5, in Worten *nur* fünf Tagen einen Schlenker von der proletarischen Antikriegspartei zur staatstragenden Kriegspartei vornahm. Werner Röhr untersucht in seinem Buch „Hundert Jahre deutsche Kriegsschulddebatte“, die Gründe.

Am 31. Juli 1914 noch, sprach sich nur ein Fraktionsmitglied von 111 für die Bewilligung der Kriegskredite aus. Falls ein Verbot der Partei drohen sollte, wurde Friedrich Ebert vorsorglich mit der Parteikasse in die Schweiz geschickt, um die Finanzen für die Illegalität zu sichern. Am Nachmittag desselben Tages war diese Position schon Makulatur. Es traf die Nachricht von der russischen Mobilmachung ein. Das interpretierte die Parteiführung als Willen Russlands gegen Deutschland Krieg zu führen. Deutschland erklärte Russland daraufhin am 2. August den Krieg. Es gab innerhalb der SPD eine lange Tradition Russland als Hort der europäischen Reaktion zu betrachten. Äußerungen von Marx und Engels bis hin zu August Bebel mussten herhalten, um zu begründen, warum „es gegen den Henkerzaren“ gehen müsse. Zwar hatte noch am 31. Juli die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ diese Rechtfertigung des Krieges als veraltet zurückgewiesen und demgegenüber von einer gegen die Revolution in Russland gerichteten Ideologie gesprochen, doch die Abgeordneten ließen sich lieber von der Aktenlage der Regierung beeinflussen. Außerdem, so Röhr, litt ein Großteil der Führung seit Jahren unter dem Vorwurf, „Vaterlandslose Gesellen“ zu sein. Nun konnten sie beweisen, dass „Wir [...]in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht in Stich“ lassen, so Philipp Scheidemann am Tag der Bewilligung der Kriegskredite. Hinzu kam, dass die Angst, bei weiterem Festhalten am Antikriegskurs, verboten zu werden, nicht grundlos war. Viele Arbeitsplätze der hauptberuflich tätigen Parteifunktionäre standen auf dem Spiel. 111 Reichstagsmandate, 220 Landtagsmandate mit Diäten, mindestens 3 mal so hoch wie ein Facharbeiterlohn, hundertfünfzig Sekretäre, 90 Parteizeitungen, 62 Druckereien, allein 3500 bezahlte Redakteure und Redaktionsmitarbeiter. Das trug schwer bei der Entscheidung. Aber noch wichtiger war das Theoriedefizit, welches sich in diesen entscheidenden Tagen, ja Stunden, bemerkbar machte. Während die SPD sich programmatisch seit 1891 als revolutionär marxistische Arbeiterpartei verstand, praktizierte sie im Alltag eine reformistische Klientelpolitik. Auf allen Parteitag, wurde der Reformismus Bernsteins mit Mehrheiten niedergedrungen, aber praktisch verbreitete er sich von Tag zu Tag mehr. Röhr, sich hier auf Karuscheit beziehend, schließt daraus, dass sich die SPD weder ausreichend mit einem politischen Übergang zum Sozialismus auseinandergesetzt, noch sich zum Reformismus bekannt hat. So war sie in beiderlei Hinsicht intellektuell, programmatisch und damit taktisch entwaffnet und wurde zum Spielball anderer, diese Schwäche ausnutzender Kräfte. Sachlich, und scharf analytisch untersucht Röhr weitere Gründe für das Umkippen der SPD und konstatiert, „Verraten kann man nur eine Sache, die man vorher angestrebt hat...“ „Jene SPD Führer, deren Integrationswillen in den Staat stärker war als ihre Kriegsgegnerschaft, haben ihre Interessen zweifellos bedient, aber nicht verraten.“ Die Gesamtpartei mit ihrem Schwenk um 180 Grad hat allerdings ihren antiimperialistischen Antikriegskurs, ihr Programm und diejenigen Parteimitglieder die Programmtreu blieben, sehr wohl verraten.

Am 4. August 1914 billigte die SPD im Reichstag die Kriegskredite. Es gab in der Fraktion keine Gegenstimme. Die Fraktionsdisziplin, durch viele Jahre gegen einen harten Gegner eingeübt, stand noch über alles andere. Philipp Scheidemann sagte gegen Ende seines Lebens: „Diese absolute Disziplin der SPD als heiligstes Parteisakrament gefeiert, ist uns heute fast unverständlich. Die Organisation der Partei, die immer mehr Selbstzweck wurde, anstatt Mittel zum Zweck zu bleiben, hat diese unerhörte Disziplin viel genutzt, politisch ist sie vielleicht gerade an dieser Disziplin mit zugrunde gegangen.“ Die Gewerkschaftsvorstände hatten auf einer Vorstandskonferenz den „Burgfrieden“ beschlossen. Alle laufenden Arbeitskämpfe und Streiks wurden abgebrochen und für die Dauer des Krieges ausgesetzt.

Die politische und gewerkschaftliche Führung der Arbeiterbewegung hatte sich den „nationalen Interessen“ des Kaiserreiches unterworfen.

Aber schon bald gab es Opposition. In der zweiten Abstimmung zu neuen Kriegskrediten stimmte Karl Liebknecht als einziger Abgeordneter gegen sie. Im Laufe der Zeit schlossen sich weitere Abgeordnete an, eine eher gemäßigte Gruppe um Georg Ledebour und Hugo Haase und eine radikalere um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Auch in der Redaktion des Vorwärts trug unter anderem Ernst Däumig und andere die Kriegspolitik der Parteispitze nicht mit.

Richard Müller vor dem Krieg

„Aber nichts ätzt sich dem Gedächtnis so tief ein wie die Gestalten der Revolutionären Obleute, so hieß dieses Gremium, das ohne schriftliches Mandat aus dem schöpferischen Geist des dulddenden und schweigenden Volkes gewachsen zu sein schien. Damit kehren auch Namen wieder, die mit der Vorbereitung und Durchführung der Revolution aufs engste verknüpft sind, so wie Laukant oder Richard Müller, der dann später der „Leichen-Müller“ wurde. [...] Unter diesen proletarischen Verschworenen gab es echtes revolutionäres Spartanertum und eine Unterdrückung natürlicher Gefühle, die in ihrer Wortlosigkeit manchmal antike Größe annahm.“

Carl von Ossietzky, 1932

Richard Müller war Dreher und stammte aus einer Familie mit sieben Geschwistern und wurde im Dezember 1880 geboren.

Im Alter von 26 Jahren, also 1906, trat er der Metallgewerkschaft „Deutscher Metallarbeiter Verband“ DMV bei. Er wurde mit Leib und Seele Gewerkschafter. Er setzte sich ein gegen Entqualifizierung, „Hire and Fire, Flexibilisierung, Lohnrückerei und lange Arbeitszeiten. Das alltägliche Brot bis heute.

Ab 1911 trat er zunehmend mit Artikeln in der Deutschen Metallarbeiterzeitung überregional in Erscheinung.

Als gewerkschaftlicher Vertrauensmann, „beklagte er mangelnde Aktionsbereitschaft der Arbeiter und definierte es als Auftrag der Gewerkschaften, alle Mitglieder zu ‚Kämpfern für den Sozialismus‘ zu erziehen.“ Gleichzeitig war er sehr penibel und genau. Er entwickelte Formulare und beharrte auf die Kleinarbeit. Würde es den Unternehmern gelingen bei der Kleinarbeit die Arbeiter in den Fabriken zu spalten, so „wäre an einem Sieg im politischen Kampf oder gar an eine Revolution kaum zu denken“, so war die Haltung in den Gewerkschaften und auch die von Richard Müller. So wuchs langsam aber stetig ein Netz von Vertrauensleuten in den Industriebetrieben. 1915 war der Organisationsgrad unter den Berliner Drehern 90%. 1914 wurde Müller Branchenleiter der Dreher in Berlin und vertrat 8500 Arbeiterinnen.

Er war zwar mittlerer Funktionär, arbeitete aber „ehrenamtlich und war außerhalb seiner Branche ein Unbekannter“ und einfaches Mitglied der SPD. Leute wie Eduard Bernstein oder Rosa Luxemburg kannte er nur aus der Zeitung. Das änderte sich ab dem Sommer 1914.

Wie in den Parteien und Parteizeitungen gab es auch in den Gewerkschaften Protest bis zum Widerstand. Richard Müller als Branchenleiter der Berliner Dreher erklärte, dass diese den „Burgfrieden“ nicht mittragen würden.

Er sagte über die Dreher: „ Die Dreher waren eine organisatorisch festgefügte, für die Produktion ausschlaggebende Gruppe. Sie stellten gewissermaßen das Herz des industriellen Großbetriebes dar. Sie wurden [...] am besten entlohnt und arbeiteten auch sonst unter günstigeren Verhältnissen als andere Branchen. Diese Gruppe lehnte sich überall gegen die Kriegsmaßnahmen der Unternehmer auf, stellte Lohnforderungen und setzte sie durch [...] Die Dreher wahrten aber nicht nur ihre Interessen, sie unterstützten auch andere schwächere Gruppen, besonders die Arbeiterinnen, bei Differenzen mit den Unternehmern.“

Die Konflikte mit der SPD und den Gewerkschaftsspitzen in die die Obleute und auch Richard Müller hineingerieten waren nur durchzustehen, indem sie die volle Unterstützung der Basis in den Betrieben hatten. So sehr sie auch im kleinen Kreis und klandestin arbeiteten, es wird geschätzt, dass es anfangs nicht mehr als 50 – 80 Mitglieder waren, konnten sie über ein breit verzweigtes Vertrauensleutenetz Tausende von Arbeitern mobilisieren. Gleichzeitig weigerten sie sich konsequent etwas gegen die Mehrheit der Arbeiterinnen zu beschließen. Sie „handelten erst, wenn sie diese hinter sich wussten.“ Bis zum Juni 1916, waren ihre Auseinandersetzung und Arbeitskampfmaßnahmen klassische Gewerkschaftskämpfe um Arbeitsbedingungen und Löhne. Wobei zu bedenken ist, so später der Obmann Paul Blumenthal, „ unter den Bedingungen des Belagerungszustandes und des Burgfriedens wurde jede Lohnbewegung zur politischen Aktion.“

Die 3 politischen Massenstreiks

„Ohne Diskussion, ohne eine Frage zu stellen, ohne Beifallsbezeugung, ruhig, fast unheimlich still nahmen sie den Vorschlag Müllers entgegen und als sich 1500 Hände wie zum Schwur erhoben, wurde kaum die Totenstille gestört. Es war, als ob jeder bemüht war, den Ernst der Stunde durch kein Geräusch zu stören. Hier offenbarte sich die Stimmung der Masse, jeder war von der Notwendigkeit des Kampfes überzeugt und jeder hatte unbedingtes Vertrauen zur Führung.“

Richard Müller, auf der Versammlung der Dreher am 27.01.1918 zum Streikbeschluss

Am 1. Mai 1916 versammelten sich mehrere tausend Menschen am Potsdamer Platz. Aufgerufen hatten Karl Liebknecht und andere. Er erschien in Uniform, da er kurz vorher einberufen wurden war. Er beendete seine Rede mit dem Ausruf: „Nieder mit dem Kriege! Nieder mit der Regierung!“ Sofort wurde die Versammlung von der Polizei mit Gewalt aufgelöst und Liebknecht verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Am 27 Juni fand nach einer Demonstration gegen den Prozess gegen Liebknecht eine Versammlung eines kleinen Teils der Obleute statt, nachdem ein erster Treffpunkt verraten und voller Spitzel war.

Auf Antrag von Müller wurde für den Prozessauftritt am nächsten Tag der Generalstreik in Berlin beschlossen. Am nächsten Tag streikten 55000 Arbeiter für die Befreiung Liebknechts. „Die Dreher streiken für Liebknecht!“ aktivierte eine Abteilung nach der nächsten, so dass ganze Großbetriebe binnen kurzen komplett stillstanden. Der Angriff der Staatsmacht auf Karl Liebknecht verwandelte sich in ein Fanal der Antikriegsbewegung in der Arbeiterbewegung und zeigte das Potenzial der Obleute. Ein Flugblatt der Gewerkschaftsspitze und der SPD gegen den Streik sollte auf einer Vertrauensleutesitzung von diesen an die Arbeiter verteilt werden. Nach einer Rede von Paul

Blumenthal, der versehentlich eingeladen worden war, blieben alle 40 000 Flugblätter liegen. Kein einziges wurde verteilt.

Es wurde mit Härte reagiert. Streikende Arbeiter und vermeintliche Anführer wurden eingezogen und an die Front geschickt. Für den Moment hielten sich die Arbeiter zurück.

Im April 1917 gründete sich aus den oppositionellen Strömungen in der SPD die Unabhängige sozialdemokratische Partei, die USPD. Sie vereinigte alle Gegner des Burgfriedens und des Krieges.

Die Lebensmittelknappheit war groß, Viele hungerten. Die Freizügigkeit und die freie Arbeitsplatzwahl wurden eingeschränkt (Vaterländische Hilfsdienstgesetz). Die Arbeiter waren ihren Unternehmen hilflos ausgeliefert. Die Gewerkschaftsführungen (Generalkommission) unterstützten dieses Gesetz und konnten im Gegenzug ihre Funktionäre vom Kriegsdienst freistellen lassen. Hinzu kam eine Senkung der Lebensmittelrationen. Die Wut der Arbeiter kochte hoch.

Eine Woche nach Gründung der USPD kam es erneut zu einem Massenstreik. Am 15. April wollte der Metallarbeiterverband eine Generalversammlung einberufen. Diese wollten die Obleute nutzen um zum Generalstreik aufzurufen. 2 Tage vorher wurde Richard Müller aus dem Spiel genommen, verhaftet und in ein Militärlager nach Jüterbog verschleppt.

Auf der Versammlung wurde Müllers Verschleppung bekannt und sofort ein Streikbeschluss mit der Forderung seiner Freilassung gefasst. Am Montag setzte der Streik mit voller Wucht ein. 200 – 300000 Lohnabhängige nahmen daran teil. Außerdem wurde in Braunschweig, Halle, Magdeburg und Leipzig gestreikt. Die neu gegründete überregionale USPD hatte für entsprechende Koordination gesorgt.

Die Verhandlungen wurden mit der Obersten Heeresleitung (OHL) unter General Ludendorff geführt. Die politische Leitung lag seit 1916 beim Heer. Sie versprach die Einziehung Müllers zu überprüfen und die Lebensmittelversorgung zu verbessern. Die Gewerkschaftsführung unter Adolf Cohen konnte mit knapper Mehrheit schon am nächsten Tag den Streik beenden. Über 50 000 Arbeiter streikten jedoch weiter und gründeten erstmalig einen Arbeiterrat als politische Vertretung. Am 23 April wurde dann auch dieser Streik abgebrochen. Nach drei Monaten konnte Müller durch Intervention von Seiten der USPD an seinen Arbeitsplatz zurückkehren.

Ohne jetzt im Einzelnen auf die Vorbereitenden Maßnahmen und Ereignisse für den 3. Massenstreik eingehen zu können, begann der Streik am 28. Januar 1918, befeuert durch die Oktoberrevolution 1917 in Rußland und das Beharren der deutschen Regierung auf einen Siegfrieden mit weitreichenden Gebietsabtretungen, welches die Mär von einem Verteidigungskrieg schwer erschütterte. Über 400 000 Arbeitenden beteiligten sich schon am ersten Tag. Nachdem die Polizei versuchte Versammlungen aufzulösen, wuchs die Zahl der Streikenden auf über eine halbe Million, später auf 1,5 Millionen Menschen in vielen Städten Deutschlands. Unter Umgehung der Gewerkschaftsführung wurde ein Aktionsausschuss gebildet. Die Basisdelegierten aus den Betrieben wählten ausschließlich „revolutionäre Obleute“. Dieser Ausschuss forderte die USPD auf, drei Vertreter in den Ausschuss zu entsenden. Die SPD verlangte darauf hin, ebenfalls drei Vertreter entsenden zu dürfen. Das wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Müller intervenierte und bat die Delegierten darum auch die SPD hinein zu nehmen. Jahre später äußerte er sich so: „ Ich sagte mir, es sei ganz gut, wenn die Rechtssozialisten jetzt selbst das mitmachen, was sie vor zwei Jahren als Landesverrat betrachtet haben.“ Es wurde gefordert: Frieden ohne Annexionen, Hinzuziehung von

Arbeitervertretern zu den Verhandlungen. Eine bessere Lebensmittelversorgung, das Ende des Belagerungszustandes, Pressefreiheit, keine Einmischung des Militärs in die Gewerkschaftsangelegenheiten und durchgreifende Demokratisierung. Allgemeines Wahlrecht einschl. Frauenwahlrecht und keine Bestrafung der Streikenden und ihrer Sprecherinnen und Sprecher. Es war ein wirklich politischer Streik. Mit seinen Forderungen, konnte er nicht mehr nur auf Ernährungsfragen reduziert werden. Er richtete sich direkt gegen den preußischen Obrigkeitsstaat und knüpfte an die verpasste bürgerliche Revolution von 1848 an. Nur das dieses Mal die Lohnabhängigen statt des Bürgertums die Forderungen stellten und für sie kämpften.

Die Revolution von 1848

„Die Bourgeoise sah sich durch die Existenz Tatsache des Proletariats als gesellschaftliche Tatsache in Frage gestellt, als ob sie ihren Todfeind ins Gesicht sähe, erkannte sie, dass jede Revolution geschürt und bewegt vom Proletariat an der Seite der Bourgeoise, jeden Augenblick über ihren Zielpunkt hinaus weitergetrieben werden kann. Dann aber wird sie unvermeidlich zur sozialen Revolution, zur Gefahr für Eigentum, Ausbeutungsrecht, Mehrwert, Klassenüberlegenheit.“

Otto Rühle, 1848 Revolution in Deutschland, 1927

„Zwei harte Schädel stießen gegeneinander: der König hatte feierlich erklärt, niemals – niemals würde er eine moderne Verfassung gewähren, und die liberale Opposition erklärte, niemals – niemals werde sie ohne Verfassung dem König auch nur einen Pfennig bewilligen“ So beschrieb Otto Rühle die Situation im „Vormärz“ und kurz vor Ausbruch der Revolution von 1848. Doch -, so analysierte Rühle weiter, beide Seiten, zögerten den Kampf gegeneinander aufzunehmen. Was war mit dem Proletariat? Würde es an der Seite des Bürgertums stehen? Der Aufschwung des Kapitals brachte zahlreiche Verwerfungen mit sich. „In Berlin waren von 4000 selbständigen Schneidern zweidrittel ohne Beschäftigung, ähnlich“ bei den Tischlern und Schuhmachern. Lohnrückerei und schikanöse Fabrikordnungen mit überlangen Arbeitszeiten vergrößerten das Elend. Weibliche Arbeitskräfte zum halben Lohn, Kinderarbeit für Pfennige. Immer mehr Vagabundierende, Obdachlose, Prostituierte und hungernde Kinder bestimmten die Straßenbilder der Städte. Es genügte ein Funke um das Fass zur Explosion zu bringen. Und dieser Funke sprang im Februar von Frankreich über. Die liberale Bourgeoisie forderte: Pressefreiheit, Geschworenengerichte, Vereins- und Versammlungsrecht, allgemeines Wahlrecht und Volksbewaffnung. Unruhen erschütterten die deutschen Lande. Und trotz der zögerlichen Haltung des Bürgertums kam es am 18. März zur Schlacht in Berlin. In einem ungleichen Kampf zwischen gut ausgebildeten, gut bewaffneten Truppen und schlecht bewaffneten Kämpfern der Revolution, „aber zäh, heldenmütig und unerschütterlich“ (Rühle) musste der König die aufgeriebenen, nicht mehr widerstandsfähigen Truppen nach einem Tag und einer Nacht zurückziehen.

„183 Tote wurden gezählt“, so Rühle, „meist kleine Handwerker, Gesellen, Arbeiter, Lehrlinge. Kein Kommerzienrat war dabei, kein Geheimerat, kein Bankier oder Fabrikant. Ein Referendar und zwei Studenten – das waren die bürgerlichen Opfer.“

Die Bewegung reichte insgesamt nicht aus um das alte Gesellschaftssystem hinwegzufegen. Das Bürgertum zu unentschlossen und mit der Angst im Nacken selber zu den Opfern zu zählen gab sich mit minimalsten Kompromissen zufrieden und kollaborierte mit dem König und den Adel. Das Proletariat war als Klasse allein insgesamt noch zu schwach um die alten Mächte zu überwinden. Und, so schrieb Otto Rühle: „ So ließ die Bourgeoise alle Früchte der Revolution verloren gehen – und

blieb ruhig. Sie ließ die Interessen der Wirtschaft, der Lebensnotwendigkeiten des handwerklichen und bäuerlichen Mittelstandes sabotieren – und blieb ruhig. Ließ die Arbeiter niederschlagen und in verdoppelte Knechtschaft werfen –und blieb ruhig.“

Und so hatte das Bürgertum schon beim ersten Schritt Angst vor dem zweiten. „Das machte sie revolutionsunfähig, feige, verräterisch, reaktionär.“ Und resümierte Rühle: Deshalb löste sie so rasch wie möglich die revolutionäre Verbindung mit dem Proletariat, die ihr in jeder Minute widerwillig gewesen war, und ersetzte sie durch die konterrevolutionäre Verbindung mit Krone und Adel.“

Der dritte Massenstreik und seine revolutionären Konsequenzen

Und auch 1918, ging den Herrschaften die Forderung nach der Republik zu weit. Die Regierung weigerte sich die Streikleitung zu empfangen. Sie wurde für illegal erklärt, ihre Versammlungen verboten. Am 30 Januar wurde auch der Vorwärts verboten und am 31. Wilhelm Dittmann, von der USPD, verhaftet. Philipp Scheidemann wurde von der Polizei verprügelt. Die SPD Vertreter predigten Mäßigung und ihre Angst vor der Niederlage. 1924 sagte Ebert vor Gericht aus: Er und seine Partei hätten sich am Streik nur beteiligt, um diesen zu bremsen und möglichst früh abubrechen.

Stattdessen eskalierte die Situation weiter. Nachdem am 1. Februar die militärische Besetzung einiger Großbetriebe drohte, wollte die USPD bei der Regierung eine legale Versammlung erreichen um über einen Streikabbruch zu entscheiden. Die Regierung lehnte ab. Die SPD wollte die Streikleitung in die Hände der Gewerkschaftsspitze übergeben. Das wiederum lehnten die Obleute ab. Eine weitere Zuspitzung konnten sie aber auch nicht befürworten, da sie das Militär zurzeit noch als ihnen überlegen betrachteten. So gaben sie das Signal zur Beendigung des Streiks und am 3. Februar wurde dieser abgebrochen. Später sagte Müller: „Die Arbeiter fühlten sich nicht geschlagen, sondern als Kämpfer, die den Rückzug antreten, um mit stärkerer Kraft vorzustoßen.“

Wieder wurden viele Arbeiter nach dem Streik eingezogen und an die Front verbracht. Auch Richard Müller blieb bis September 1918 beim Militär. So schlimm ihr Schicksal im Einzelnen auch war, die revolutionäre Antikriegshaltung wurde von ihnen auf diesen Weg an die Front getragen.

Nachdem Ernst Däumig im Sommer 1918 zu den Obleuten stieß und Richard Müller von der Front zurück war, arbeiteten sie gemeinsam für die Revolution.

Schon Ende September bereiteten General Ludendorff und die OHL einen Waffenstillstand vor, denn sie wussten der Krieg war verloren. Sie bereiteten eine Regierungsumbildung unter Einschluss der Sozialdemokraten vor. Hindenburg dazu: „Pflicht der neuen Männer ist es, auf die Leute an der Front einzuwirken. – Das ist es, was die Heeresleitung glaubt von den Sozialdemokraten erwarten zu können.“ Anfang Oktober 1918 wurde unter dem neuen Reichskanzler Max von Baden die neue Regierung gebildet, unter Einschluss der SPD, die zwei Staatssekretäre stellte. Philipp Scheidemann und Gustav Bauer, zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, traten in die Regierung ein. Sollten doch diejenigen, die den Krieg immer madig gemacht hatten, ihn auch beenden. So blieb das Militär sauber und die Kapitulation wäre von den Sozis und sonstigen Demokraten verursacht. So die Denke beim Militär. Die Dolchstoßlegende war geboren.

Die Vorbereitung und Durchführung der Revolution

Ohne jetzt im Detail auf die Spannungen zwischen den Spartakusbund und die Revolutionären Obleute im Einzelnen eingehen zu können, - die Obleute warfen Spartakus vor, sich in „Revolution Gymnastik“ zu üben, während Spartakus umgekehrt den Obleuten vorwarf zu zögerlich zu sein, - läßt sich festhalten das beide Gruppen eng kooperierten.

Es ging nicht mehr um die Organisation eines Streiks, sondern des Umsturzes. Schon ab September begannen die Obleute Waffendepots anzulegen. Ob finanziert und geliefert, so der Vorwurf ihrer Gegner, von den Bolschewiki oder des französischen Geheimdienstes, die Bewaffnung blieb mangelhaft. Es wurden Aufmarschpläne gewälzt, die Stimmung unter den Berliner Truppen ausgeforscht, ein Plan erstellt und ein Revolutionsdatum festgelegt. Am 2. November trafen sich Spartacus und Obleute um die Sache rund zu machen.

Doch schon seit dem 27. Oktober gährte es unter den Matrosen der Hochseeflotte. Vereinzelt wurde an Schiffen die rote Fahne gehißt. Die Obleute wollten den Termin zum Aufstand vom 4. November auf den 11. November verschieben, da sie nicht sicher waren, ob die Stimmung unter den Arbeitern zu ihren Gunsten stand. Mit knapper Mehrheit, auch gegen Müller wurde das angenommen. Wilhelm Pieck und Karl Liebknecht tobten. Am 4. November war die Revolte der Matrosen in Kiel offenbar. Und die Revolution breitete sich rasant im ganzen Reich aus. Am 8. November, als nicht mehr zu leugnen war, „dass die Revolution überall im Reich im vollen Gange war, gaben die Obleute nach.“ Richard Müller schrieb später sinngemäß, sie wollten nicht auf verlorenen Posten vorangehen, sondern ihrem Gegner mit voller Wucht den Rest geben. Paul Eckert hingegen resümierte: „Wir dachten zu schieben, wurden aber durch die Matrosenaufstände geschoben.“ Wie auch immer. Über seine Gefühle am Vorabend der Revolution schrieb Richard Müller später“ Am 8. November abends stand ich am Halleschen Tor. Schwer bewaffnete Infanteriekolonnen, Maschinengewehr-Kompanien und leichte Feldartillerie zogen in endlosen Zügen an mir vorüber [...] Das Menschenmaterial sah recht verwegen aus. Es war im Osten zum Niederschlagen der russischen Arbeiter und Bauern und gegen Finnland mit Erfolg verwendet worden. Kein Zweifel, es sollte in Berlin die Revolution des Volkes im Blute ersäufen [...] jetzt wo die Stunde der Entscheidung nahte erfasste mich ein beklemmendes Gefühl, eine große Sorge um meine Klassengenossen, um das Proletariat. Ich selbst kam mir angesichts der Größe der Stunde beschämend klein und schwach vor. Kein unfehlbarer Führer zeigt dem Proletariat die Pfade, die es zu wandeln hat.“

Doch die Sorgen Müllers waren unbegründet. Am Morgen des 9. November zogen Massen von Arbeitern von den Fabriken zu den Kasernen. Kaum ein Soldat fand sich bereit zu schießen. Stattdessen Verbrüderungen und Rote Fahnen auf den Kasernen und Ministerien.

Richard Müller und Heinrich Dorrenbach zogen mit einer zusammengesammelten Truppe zum Reichstag um ihn zu besetzen. Soldaten davor, warfen ihre Gewehre fort, oder schlossen sich dem Trupp an. Unter Hochrufen marschierten sie ein.

Philipp Scheidemann rief die Deutsche Republik aus und an anderer Stelle Karl Liebknecht die Freie sozialistische Republik. Wer sich durchsetzen sollte, zeigte sich erst Wochen später.

Nicht nur die Monarchisten standen vor einen Trümmerhaufen. Auch Friedrich Ebert war enttäuscht. Philipp Scheidemann bezeugte später, Ebert hatte Prinz Max von Baden den Fortbestand der Monarchie zugesichert. Er wollte eine konstitutionelle Monarchie mit einem sozialdemokratischen Reichskanzler Ebert und hielt Scheidemann am 9. November vor, er habe „kein Recht“, dazu die Republik auszurufen.

Die Revolution forderte am 9. November nur wenige Todesopfer. 7 von ihnen wurden am 20. November auf dem „Friedhof der Märzgefallenen“ beerdigt. „Die Revolutionäre des Jahres 1918 bestanden darauf, ihre Opfer neben denen der Revolution von 1848 zu bestatten.“

Die Entstehung des deutschen Imperialismus

„Kommt ihr vor den Feind so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf tausend Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, dass es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen!“

Kaiser Wilhelm II, Hunnenrede, 27.07.1900

1848, um die Mitte des 19. Jahrhunderts bestand die gewerblich-industrielle Bevölkerung nur mehr aus einem Viertel aller Beschäftigten. Über die Hälfte der Beschäftigten waren weiterhin in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. In den 50er und 60er Jahren nahm mit dem deutschen Zollverein, der Eisenbahn und der Dampfmaschine die Industrialisierung so richtig Fahrt auf. Das Nettosozialprodukt stieg in der Zeit zwischen 1855 und 1870 um 47%. Das Verhältnis der Landarbeiter nahm zu dem in der Industrie Beschäftigten auf unter die Hälfte der Beschäftigten ab. Mit einer Krisenunterbrechung (1857 -1859) hielt diese Investitions- und Wachstumsphase, durch die Ereignisse und Reichsgründung von 1870/71 noch verstärkt bis 1873 an. Im Zuge der zahlenmäßigen Zunahme der Lohnabhängigen und ihre Zusammenballung in den Städten bildete sich 1875 die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Alle politischen Lager und Strömungen bildeten in dieser Zeit ihre festen Parteiorganisationen heraus.

Am 18. Januar 1871 wurde der preußische König Wilhelm der Erste, „Deutscher Kaiser“. Dieses Reich gewährte dem Bürgertum große wirtschaftliche Freiheiten und räumte Hindernisse beiseite. Es blieb auf der anderen Seite aber geprägt von preußischem Militarismus, Kadavergehorsam und autoritären Staat. Es gab nur geringe Rechte für das Parlament und die politischen Parteien. Bismarck als Reichskanzler und die Kaiserliche Gewalt waren bis 1890 identisch. Weder die Revolution von 1848 noch die 60er oder 70er Jahre erschütterten die preußische Armee. Das alte Preußentum hatte den Ansturm des bürgerlichen Liberalismus auf der ganzen Linie abgeschlagen. Der König und sein Heer hatten 1864 (gegen Dänemark) gesiegt, ebenso 1866 (gegen Österreich) und 1870/71 (gegen Frankreich). Das Bürgertum hatte sich arrangiert. Die „Sozialistengesetze“, die Verfolgungen und das Verbot der Sozialdemokratie zeigte hingegen seine Wirkung nicht. Im Gegenteil. So schrieb Arthur Rosenberg: „Erst die Reichstagswahlen von 1890 schufen eine neue Situation: Die sozialistische Stimmzahl stieg mit einem Ruck von einer dreiviertel Million auf anderthalb Millionen.“ Auch den politischen Katholizismus, „die Zentrumspartei“ betrachtete Bismarck als Reichsfeindlich. Mit ihr und anderen kleineren Oppositionsgruppen hatten mitten in Friedenszeiten und unter fragwürdigen Wahlbedingungen über 40 Prozent der Bevölkerung gegen das Reich Bismarcks gestimmt. Schon 1888 hatte „Wilhelm der Zweite“ die Kaisernachfolge angetreten. Dieser regierte, so Rosenberg, 16 Jahre. Denn von 1888 -1890 hielt Bismarck das Zepter noch in der Hand, und von 1916 bis 1918 regierte General Ludendorff im Namen Wilhelms II.

Unter Wilhelm den Zweiten ging Deutschland auf Expansions- und Kriegskurs. Der Bourgeoisie wurde ihr Markt zu klein und sie drängte mit wirtschaftlicher Macht auf den Weltmarkt. Aber wo sie sich auch hinwendete, überall waren schon ihre imperialistischen Konkurrenten am Werk. Die junkerlich-preußische Armee, so eine These von Heiner Karuscheit, fürchtete um ihre gesellschaftliche Stellung gegenüber dem Bürgertum und drängte auf Krieg um ihre Position zu festigen. Schon 1896 formulierte der Kaiser „mit einem Platz an der Sonne“ für Deutschland das Ziel seiner Außenpolitik. Um die Jahrhundertwende begann das „Projekt der sog. Bagdad Bahn. In seiner „Hunnenrede“ im Jahre 1900 und seinem „Pardon wird nicht gegeben“ in Bezug auf den „Boxeraufstand“, markierte er die militärische Linie. Sein Lieblingskind war der Aufbau einer Militärflotte, um auf den Weltmeeren hauptsächlich Großbritannien Paroli bieten zu können. Im Jahre 1905 spitzte sich ein Konflikt zwischen Frankreich, England auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite um die Beziehungen zu Marokko gefährlich zu. Diplomatisch wurde dieser Konflikt auf Eis gelegt, brach aber 1911 wieder aus. Als Ausgleich für die Einverleibung Marokkos durch Frankreich wollte Deutschland das französische Kongogebiet. Um dies militärisch zu untermauern entsandte Wilhelm das Kanonenboot „Panther“ nach Agadir vor die marokkanische Küste. Letztlich musste sich Deutschland mit einem kleinen, unbedeutenden Stück vom Kongo zufriedengeben und sich auf Druck von Frankreich und England zurückziehen.

Diese als „Panthersprung von Agadir“ bekanntgewordene geschichtliche Episode, zeigte sichtbar die heraufziehenden Wolken des Krieges. Auch der internationalen Arbeiterbewegung war diese Entwicklung nicht verborgen geblieben. Auf ihren internationalen Kongress in Mannheim schon im Jahre 1907 wurde dazu ausführlich diskutiert. August Bebel und Georg von Vollmar hielten angesichts eines Krieges den General- oder Massenstreik nicht für zielführend, während z.B. der Franzose Jean Jaures (Djon Djoree) für ihn plädierte. „Es konnte schließlich in der Abschlusserklärung nur ein Formelkompromiss erzielt werden. Danach sollten die Parteien und Organisationen, „durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch eines Krieges“ verhindern trachten. Von Lenin, Rosa Luxemburg und Julius Martow wurde ein Zusatz durchgesetzt „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.[1] Aber letztlich kam eine gemeinsame Linie bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges nicht mehr zu Stande.“ (Wikipedia, 27.08.2018)

Maßnahmen und Unterlassungen der Revolutionsregierung

Was tut die jetzige revolutionäre Regierung?

-Sie beläßt den Staat als Verwaltungsorganismus von oben bis unten ruhig weiter in den Händen der Gestrigen stützen des Hohenzollerischen Absolutismus und der morgigen Werkzeuge der Gegenrevolution;

-Sie beruft die konstituierende Nationalversammlung ein, schafft damit ein bürgerliches

Gegengewicht der Arbeiter/Soldatenvertretung, verschiebt damit die Revolution auf das Geleise einer bürgerlichen Revolution eskamotiert die sozialistischen Ziele der Revolution.“

Rosa Luxemburg, Rote Fahne, 18.11.1918

Sowenig eine gemeinsame Linie vor dem Kriege zustande kam, sowenig konnte man sich in der neuen Revolutionsregierung und dem Rat der Volksbeauftragten über den weiteren Kurs einigen. Da die Mehrheitssozialdemokraten weder an eine sozialistische Republik, noch an eine Räterepublik interessiert waren, einigte man sich im Wesentlichen auf die Forderungen einer bürgerlichen demokratischen Republik und der Stärkung von Arbeiter- und Gewerkschaftsrechten innerhalb des Rahmens dieser Republik. So vollendete das Proletariat im Jahre 1918 die unvollendete Revolution des deutschen Bürgertums von 1848. Hier allerdings legte die neue Regierung zwischen November 1918 und Januar 1919 großen Fleiß an den Tag. Schon am 12. November erließ sie den 8 Stunden Tag. Wenig später wurde die Gesindeordnung abgeschafft. Beamte erhielten das Koalitionsrecht. Den Gemeinden wurde die Unterstützung der Erwerbslosen aufgetragen. Zudem: Neuregelung der Krankenversicherung, Beschwerdeausschuss für Arbeiter, Wiedereinstellungsverpflichtung für rückkehrende Soldaten, Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen ab dem 20. Lebensjahr. In allen Betrieben sollten Ausschüsse der Arbeiter und Angestellten eingerichtet werden. Sie sollten sich um das Tarifvertragswerk und die persönlichen Belange der Lohnabhängigen kümmern. Einfluss auf die Produktion hatten sie nicht. Es zeigte sich sehr schnell, dass es kaum ernsthafte Versuche gab, die Wirtschaft zu sozialisieren und zu planen, die Zentralbank zu nehmen und ein Außenhandelsmonopol zu errichten. Selbst längst überfällige Maßnahmen, wie die Enteignung der preußischen Junker östlich der Elbe und eine Landreform, oder die durchaus naheliegende Verstaatlichung der Kohleindustrie wurden nicht angepackt. Vor den Augen der Zeitgenossen entstand eine bürgerliche Republik durchsetzt mit Rechten und Möglichkeiten für die Lohnabhängigen die es in vielen anderen kapitalistischen Ländern so nicht gab, aber langfristig durchaus ausstrahlten und zumindest Europas Kapitalismus veränderte. Heute erleben wir, wie einige dieser Errungenschaften dem Bürgertum immer noch ein Dorn im Auge und keineswegs selbstverständlich sind. Man denke nur an die diversen Vorstöße das Streikrecht zu beschränken oder an die aktuellen Versuche den 8 Stunden Tag auszuhöhlen.

Mindestens so verheerend wie der Verzicht auf eine gestaltende Wirtschaftspolitik wirkten sich die Unterlassungen in Bezug auf die Militär- und Ordnungspolitik aus. Und das wesentlich kurzfristiger.

Die zurückströmenden Soldaten wollten nach Hause. Das bevorstehende Weihnachtsfest verstärkte bei vielen diesen Wunsch und beschleunigte die Demobilisierung. So verflüchtete sich innerhalb kurzer Zeit die mit der Revolutionsregierung und den Räten sympathisierende bewaffnete Macht. Zurückblieben die mit dem alten Regime verbundenen preußisch gedrillten Berufssoldaten, beutegierige, verrohte Gestalten ohne Zuhause und Arbeitsplatz und Kampfunfähige. Gleichzeitig ließ die Revolutionsregierung den Kopf des Militärs, die oberste Heeresleitung, völlig unberührt. Feldmarschall Hindenburg und General Groener, der Nachfolger von Ludendorff nach einer Regierungsumbildung, hatten sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt und diese hatte es angenommen.

Treu zur Revolutionsregierung in Berlin stand die Volksmarinedivision. Schon am 12. November bat die Regierung den Soldatenrat in Kiel um weitere 2000 Männer für Berlin, um diese Truppe aufzustocken. Sie bewachte alle wichtigen Einrichtungen in Berlin bis hin zur Zentralbank. Und

deshalb musste sie weg. So zumindest sahen es diejenigen, denen die Revolution zu weit ging. In Kämpfen am 6. Dezember (Putschversuch, Festsetzung des Vollzugsrates) und 24. Dezember (Blutweihnacht, Kampf ums Schloss und Sold) wurde in einer konzertierten Aktion von Groener und Ebert versucht, die Kräfteverhältnisse in Berlin zu ihren Gunsten zu verändern. Doch, obwohl zahlenmäßig überlegen, mussten sich die gegenrevolutionären Truppen deren Offiziere weiterhin treu zur OHL standen, zurückziehen. Gehorsamsverweigerung auf der einen und ein Zustrom an bewaffneten Arbeitern auf der anderen Seite zeigte wie die Sache stand, - noch!

Exkurs: Arbeiter- und Soldatenräte in Stormarn

Beschluß zur Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrates

Die Arbeiterschaft zu Bargtheide beschloß einstimmig in der Volksversammlung am 19.11.18 das alte Regime zu Bargtheide und Umgebung abzuschaffen und eine neue Verwaltung auf Grund der jetzigen Zeit, die Leitung des Volkes selbst zu übertragen. Es wurde eine allgemeine Volksvertretung gewählt und die Geschäfte eines Arbeiter- und Soldatenrates übertragen.

Wenn ich hier auch hauptsächlich den Fokus auf Berlin als Hauptstadt richte, so obsiegte die Revolution im ganzen Reich. So natürlich auch im Kreis Stormarn. „Am 6. November ließ der Lübecker Soldatenrat den Bahnhof von Bad Oldesloe besetzen und berief im Hotel „Stadt Hamburg“ eine Sitzung ein.“ Die Versammelten wählten sieben Männer zu einem Arbeiterrat. In Ahrensburg wurde vom Hamburger Soldatenrat das Schloss nach Waffen durchsucht und als Dienstsitz annektiert. „Unter Beteiligung von Frauen wurde ein Arbeiterrat gewählt.“ Die gräflichen Wälder durften zum Holzsammeln betreten werden. Eine erhalten gebliebene Mitgliederliste des Arbeiterrats listet auf: ein Handlungsgehilfe, ein Briefträger, ein Postmeister, ein Maurer, ein Sattlermeister, ein Zimmerer, ein Steinmetzmeister und ein Arbeiter gehörten ihm an. „In Bargtheide verkündete ein Flugblatt: , Die Arbeiterschaft zu Bargtheide beschloß einstimmig in der Volksversammlung am 19.11.1918 das alte Regime zu Bargtheide und Umgebung abzuschaffen und eine neue Verwaltung auf Grund der jetzigen Zeit, die Leitung des Volkes selbst zu übertragen. Es wurde eine allgemeine Volksvertretung gewählt und die Geschäfte eines Arbeiter- und Soldatenrates übertragen.““ Am 8. Dezember wurde in Wandsbek ein Zentralarbeiterrat für Stormarn gewählt. Der langjährige Wandsbeker Landrat und damit auch für Stormarn zuständig, Joachim Bonin, wurde am 18. November 1918 vom Arbeiter- und Soldatenrat abgesetzt.

Es zogen aber auch marodierende Soldaten durch Stormarn, „die sich als Abordnungen eines Arbeiter- und Soldatenrats ausgaben. In Glinde plünderten sie das Rauchhaus und bedrohten den Gutsbesitzer.“ Die Polizeistellen wurden durch den Soldatenrat verstärkt und im Frühjahr Waffen an sich bildende Einwohnerwehren ausgegeben.

„Nach den ersten Kreistagswahlen am 27. April 1919 verloren die Arbeiter- und Soldatenräte ihre ursprüngliche Funktion, dennoch gab es 1920 noch 25 in den Kommunen des Kreises.“

Die Entscheidung

- ***Es ist ein Unglück, daß die SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands heißt. Hieße sie seit dem August 1914 Reformistische Partei oder Partei des kleineren Übels oder Hier können Familien Kaffee kochen oder so etwas – : vielen Arbeitern hätte der neue Name die***

*Augen geöffnet, und sie wären dahingegangen, wohin sie gehören: zu einer Arbeiterpartei.
So aber macht der Laden seine schlechten Geschäfte unter einem ehemals guten Namen.*

- *Wie rasch altern doch die Leute in der SPD –! Wenn sie dreißig sind, sind sie vierzig; wenn sie vierzig sind, sind sie fünfzig, und im Handumdrehn ist der Realpolitiker fertig.*

Kurt Tucholsky

Apropos Wahlen; Es war eine große politische Niederlage für die Bremer Linksradikalen, die Spartakisten und vor allem für die revolutionären Obleute, als der erste reichsweite Rätekongress am 16. Dezember 1918 zusammen trat und sich für möglichst rasch stattfindende Nationalwahlen aussprach. Schon im November hatte Richard Müller auf einer Räteversammlung ganz entgegen seiner ansonsten sachlichen und ruhigen Art ausgerufen: Ich habe für die Revolution mein Leben aufs Spiel gesetzt, ich werde es wieder tun. Die Nationalversammlung ist der Weg zur Herrschaft der Bourgeoisie, ist der Weg zum Kampf; der Weg zur Nationalversammlung geht über meine Leiche.“ Diese Unbesonnenheit wurde ihm im Folgenden zum Nachteil, machte ihn aber auch bekannt. Er wurde seit dem nicht selten von interessierten Kreisen „Leichenmüller“ genannt. Die SPD ritt in ihrer Presse ständig darauf herum.

Bevor es aber zu den Nationalwahlen am 19.01.1919 kam, wogte der Kampf um eine sozialistische Räterepublik und eine bürgerliche Republik noch hin und her. Entscheidend waren die Januarkämpfe vom 4. Januar bis zum 13. Januar 1919. Die Darstellung dieser Kämpfe von Richard Müller, in seiner „Geschichte der deutschen Revolution“, bieten einige schwergewichtige Beweise, dass diese Kämpfe von der mittlerweile nur noch durch SPDler besetzten Regierung provoziert worden sind, um die Entscheidungsschlacht um die Macht herbeizuführen. Deshalb ist die Bezeichnung dieser Tage als „Spartakusaufstand“ auch nicht korrekt. Das Manöver der Sozialdemokratie in enger Abstimmung mit der OHL gelang. Gustav Noske von der SPD, übernahm das Kommando als Oberbefehlshaber „zum Zwecke der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse“ mit den Worten: Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden...“ Und so geschah es dann auch. Ob nach der Erstürmung der besetzten Vorwärtsredaktion wo sieben Parlamentäre exekutiert wurden oder nach der Erstürmung des Polizeipräsidiums, wo mehr als ein Dutzend Gefangene mit einem Maschinengewehr niedergemäht wurden, die Truppen unter Noske gingen mit sprachlosmachender Grausamkeit vor.

Die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

„Vielhundert Tote in einer Reih‘ –

Proletarier!

Karl, Rosa, Radek und Kumpaneï –

Es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!

Proletarier!“

Aus dem sozialdemokratischen ‚Vorwärts‘ vom 13.01.1919

Schon in den ersten Dezembertagen 1918 fanden sich an den Anschlagssäulen Berlins Plakate mit dem Text: „ Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Rettet es! Es wird bedroht nicht von außen,

sondern von innen: von der Spartakusgruppe. Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! (...) Die Frontsoldaten.“ Schon vorher aber war klar, die SPD, so Ebert, „hasste die Revolution wie die Sünde“. Wer gegen die Kriegskredite stimmte, war ein „frecher Halunke“ (Ebert, SPD), „eine Drecksseele“ (Scheidemann, SPD), „ein Judenjunge“ (Bauer, SPD) oder Teil einer „Judenbande“ (Legien, SPD). Waldemar Papst war ein machtgeiler kaiserlicher Offizier, der unter Groener, „Freikorpstruppen“ aufstellte, um die Soldatenräte auszuschalten. Papst wurde der ausführende Mordkumpane von Gustav Noske als Oberkommandieren von Berlin. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht haben die Gründung der KPD nur um wenige Tage überlebt. Vier Tage vor den ersten demokratischen Wahlen, am 15. Januar 1919 wurden sie ermordet. In einem Telefonat zwischen Papst und Noske, billigte letzterer ausdrücklich die Ermordung seiner ehemaligen Genossen. Dies hat Klaus Gietinger in seinem Buch „Eine Leiche im Landwehrkanal“ nachgewiesen. Und so obsiegte für das Erste die bürgerliche Republik unter Führung der Sozialdemokratie gegenüber der sozialistischen Republik. Die Niederwerfung der Bremer Räterepublik am 4 Februar durch Noske, die schweren und blutigen Kämpfe im März des gleichen Jahres, ebenso wie die Niederlage der Münchner Räterepublik in den ersten Maitagen 1919 zeigen, das Stück für Stück niederwerfen der revolutionären Welle und ihre fehlende Einheit. Richard Müller behauptet am Ende seiner „Geschichte“ der Revolution, dass „die Berliner Januaraktion [...] der Revolution den Kopf abgeschlagen und das Rückgrat gebrochen“ hatte.

Aber so sagt er auch: „Es ist eine historische Tatsache, die allgemein anerkannt werden muss, das der militärische und politische Zusammenbruch vom November 1918 dem Proletariat die Staatsmacht in den Schoß warf. Im Reiche wie in allen seinen Gliedstaaten dankten die Spitzen der Staatsgewalt freiwillig ab, wurden mit Zustimmung der Bourgeoisie die höchsten Staatsämter den Führern der Sozialdemokratie übertragen, einer politischen Partei, die von der Bourgeoisie schlechthin als die Partei der proletarischen Klasse angesehen wurde.“ Aber, „Die Sozialdemokratie, die stärkste politische Partei des Proletariats, hatte die Revolution nicht gewollt.“

Primär verwendete und zitierte Literatur:

Müller, Richard: Eine Geschichte der Novemberrevolution (3 Bände in einem Buch), Berlin 2011, Die Buchmacherei

Hoffrogge, Ralf: Richard Müller – Der Mann hinter der Novemberrevolution. Berlin 2008, Karl Dietz Verlag

Röhr, Werner: Hundert Jahre deutsche Kriegsschulddebatte, Hamburg 2015, VSA-Verlag

Rühle, Otto: 1848 – Revolution in Deutschland, Münster 1998, Unrast Verlag

Rürup, Reinhard: Deutschland im 19. Jahrhundert 1815 – 1871, Göttingen 1992, Vandenhoeck & Ruprecht

Haffner, Sebastian: Die deutsche Revolution 1918/1919, München 1991, Knauer Verlag

Beutin, Heidi; Beutin Wolfgang: Fanfaren einer neuen Freiheit, Darmstadt 2018, wbg Academic

Hg. Hans-Jörg Czech, Olaf Matthes, Ortwin Pelc und Verein für Hamburgische Geschichte: Revolution! Revolution? (Begleitpublikation zur Ausstellung), Kiel-Hamburg 2018, Wachholtz Verlag

Hg. Kreisarchiv Stormarn: Die Galerie der Landräte im Stormarnhaus, Bad Oldesloe 2018